

## Öffentlicher Gesundheitsdienst

# Mehr Steuerungsfunktion gefordert

Bei der Umsetzung von Präventionsmaßnahmen wollen die Ärzte des öffentlichen Gesundheitsdienstes die unterschiedlichen Bemühungen auf lokaler Ebene bündeln.

Das ist derzeit ungewöhnlich für die Auftaktveranstaltung zu einem Ärztekongress: wenige Klagen, dezent vorgetragene Forderungen. Der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) ist gestärkt aus Krisen der vergangenen Jahre, sei es der Ausbruch neuer Infektionskrankheiten, die Gefährdung durch Bioterrorismus oder auch durch Umweltkatastrophen, hervorgegangen – so die Einschätzung von Dr. med. Klaus Walter, Vorsitzender des Berufsverbandes der Ärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (BVÖGD). Der ÖGD habe sich bei der Bewältigung der Krisen als ein kompetenter und verlässlicher Partner erwiesen. Vor dem Hintergrund eines stetig größer werdenden Aufgabenspektrums sei der Ruf nach mehr Personal für den ÖGD zwar legitim, aber aufgrund der desolaten Haushaltslage der meisten Kommunen wohl realitätsfern. Deshalb appellierte Walter an die Teilnehmer des gemeinsam mit dem Bundesverband der Zahnärzte des Öffentlichen Gesundheitsdienstes veranstalteten 54. Wissenschaftlichen Kongresses, vor Ort für den ÖGD zu werben, die Vielfalt seiner Aufgaben deutlich zu machen und kreative Lösungsansätze zu entwickeln.

Bei der Prävention, einem Schwerpunktthema des Kongresses, reklamieren die ÖGD-Ärzte eine verstärkte Steuerungsfunktion der Gesundheitsämter in der jeweiligen Region. Dort sollten mehr Mittel für Präventionszwecke bereitgestellt werden, über deren Verwendung der ÖGD mitentscheiden sollte. Ein gutes Beispiel für erfolgreiche Prävention seien die Aids-Präventionsprogramme in den 80er-Jahren gewesen. In der Folge seien in Deutschland sehr viel weniger Infektionen zum Ausbruch gekommen als in den Ländern, die keine Prävention betrieben haben. Das angeblich bis Ende des Jah-

res vorliegende Präventionsgesetz sollte nach Auffassung des BVÖGD den Stellenwert des öffentlichen Gesundheitsdienstes bei Durchführung und Koordination von Präventionsmaßnahmen ausreichend berücksichtigen. Krankheitsvermeidung sei nicht allein Aufgabe der Sozialversicherungsträger, sondern eine gesamtgesellschaftliche Zukunftsaufgabe, bei der auch der öffentliche Gesundheitsdienst gefordert sei. Die Effizienz vieler Präventionsmaßnahmen auf lokaler Ebene könnte deutlich erhöht werden, wenn es gelänge, die Bemühungen der unterschiedlichen Akteure des Gesundheitswesens,



Klaus Walter:  
Der öffentliche Gesundheitsdienst ging gestärkt aus den Krisen der vergangenen Jahre hervor.

wie etwa der niedergelassenen Ärzte, der Krankenkassen oder der Bildungseinrichtungen, zu bündeln. Dem ÖGD mit seinem von jeher guten Zugang zu Kindergärten und Schulen könnte es am ehesten gelingen, die bisher völlig unzureichende Koordination von Präventionsprojekten zu verbessern. Wegen der großen Bedeutung der Prävention hat der BVÖGD einen neuen Fachausschuss „Prävention und Gesundheitsberichterstattung“ gegründet. Auch Priv.-Doz. Dr. med. Stefan Winter, Leiter der Abteilung Prävention, Krankheitsbekämpfung und Biomedizin im Bundesgesundheitsministerium,

betonte die wichtige Rolle des ÖGD bei der Umsetzung des Präventionsgesetzes; die Kompetenz des ÖGD müsse bei der Verwendung der künftig zur Verfügung gestellten Mittel genutzt werden.

Skeptisch zu dem geplanten Präventionsgesetz äußerten sich – wie auch der Vizepräsident der Bundesärztekammer, Dr. med. Andreas Crusius – die beiden Fachministerinnen aus den unionsgeführten Bundesländern Hessen und Sachsen. Silke Lautenschläger, Hessische Sozialministerin, bezweifelte, dass die Finanzmittel dorthin gelangen würden, wo sie wirklich gebraucht werden – nämlich in Kindergärten und Schulen. Helma Orosz, sächsische Staatsministerin für Soziales, kündigte die Ablehnung aller unionsgeführten Landesregierungen an, bleibt es bei den bisher bekannt gewordenen Eckpunkten des Präventionsgesetzes. Gleichzeitig warnte sie vor zu viel Euphorie in Sachen Prävention. So hätten in Sachsen Untersuchungen über die Sprachentwicklung bei Kindern eklatante Mängel aufgezeigt; doch nur 20 Prozent der daraufhin angeschriebenen Eltern hätten auf entsprechende Präventionsangebote reagiert. Auch die sinkende Durchimpfungsrate mache eigentlich dirigistische Präventiveingriffe nötig, was sich aber in einer freiheitlich orientierten Gesellschaft kaum umsetzen ließe. Verstärkt arbeite man daher an Zugangsstrategien für diejenigen sozialen Schichten, die von sich aus Präventionsangebote nicht nutzen. Gezielt würde über Kindertagesstätten das Gespräch mit den Eltern gesucht. Das Gesundheitsamt stellt für Orosz den Dreh- und Angelpunkt gesundheitsbezogener Kooperation dar. Um dem Ärztemangel dort entgegenzuwirken, übernimmt das Land Sachsen 50 Prozent der Weiterbildungskosten.

Thomas Gerst